

(A) jetzt auch die nächste Frage: Ist sichergestellt, das hatten Sie aber, glaube ich, gesagt, dass im Doppelhaushalt diese Summe auch so in der Höhe bestehen bleibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Joachim: Die abschließende Haushaltsbefassung steht noch aus. Der Senat hat einen entsprechenden Anschlag dort eingestellt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Modellprojekt ‚Anonymisiertes Bewerbungsverfahren‘ im öffentlichen Dienst**“. Die Anfrage wurde unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Kuhn, Frau Hoch, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Ergebnisse aus dem Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zum Pilotprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“?

(B) Zweitens: In welchen Feldern des öffentlichen Dienstes in Bremen könnte nach Ansicht des Senats das anonymisierte Bewerbungsverfahren modellhaft getestet werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine abschließende Bewertung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, da der Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes noch nicht ausgewertet werden konnte. Unabhängig davon verfolgt der Senat natürlich die aktuell in der Presse geführte Diskussion beziehungsweise Berichterstattung über die Wirksamkeit anonymisierter Lebensläufe gegen mögliche Diskriminierungen.

Der Senat wendet sich grundsätzlich gegen jede Form der Diskriminierung im Arbeitsleben und wird natürlich auch anonymisierte Lebensläufe und Bewerbungen berücksichtigen, wenn sich diese Methode als wirksam und praxistauglich erweisen sollte. Insbesondere dann, wenn dieses Instrument die vom Senat bereits praktizierte Personalpolitik, die unter anderem die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund, die bevorzugte Einstellung von schwerbehinderten Menschen und eine gezielte Frauenförderung einschließt, weiter fördert und unterstützt, denn

(C) schon jetzt ist es die politische Leitlinie des Senats, benachteiligte Bewerbergruppen besonders zu unterstützen und in den bremischen öffentlichen Dienst einzustellen.

Erreicht werden soll dies insbesondere durch folgende Maßnahmen: gezielte Pressearbeit, groß angelegte Kampagnen, wie zum Beispiel die Ausbildungskampagne „Du bist der Schlüssel“, um die Integration von Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst zu fördern, Hinweise zur besonderen Berücksichtigung von Menschen, die benachteiligt sind beziehungsweise einer besonderen Unterstützung zur Eingliederung und Teilhabe bedürfen, Informationen im Internet, Fortbildungsveranstaltungen unter anderem zu den Themen Personalauswahl und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Handlungshilfen für die bremischen Dienststellen beziehungsweise Betriebe und die jeweiligen Interessenvertretungen für eine optimale Personalauswahl vor dem Hintergrund der besonderen Anforderungen.

Zu Frage 2: Eine modellhafte Erprobung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens im bremischen öffentlichen Dienst wäre grundsätzlich denkbar. Für einen modellhaften Test würde sich insbesondere die Auswahl und Einstellung von Auszubildenden anbieten. Darüber hinaus muss geprüft werden, welche Ressorts sich besonders eignen würden, um an einem entsprechenden Modellversuch teilzunehmen. – Soweit die Antwort des Senats!

(D) **Präsident Weber:** Herr Dr. Kuhn, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin, ich teile Ihre positive Bewertung der Maßnahmen, die der Senat bereits jetzt ergriffen hat, die Mittel, die wir und Sie anwenden, und auch die positive Bewertung der Ergebnisse. Dennoch bin ich überzeugt davon, dass Bremen keine Insel der Glückseligen ist, was die tief verwurzelten Vorurteile gegenüber Migranten und Frauen betrifft, die ja von solchen Vorurteilen vor allem bei Bewerbungen betroffen sind, deswegen meine Frage: Was denken Sie, in welchem Zeithorizont könnte der Senat eine Entscheidung über das Modellvorhaben treffen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Das können wir jetzt, nachdem wir den Bericht ausgewertet haben, glaube ich, relativ kurzfristig machen. Ich würde darauf setzen, dass die Kolleginnen und Kollegen im Senat sich überlegen, in welchen Bereichen wir bei unseren gezielten Versuchen, Migranten und andere benachteiligte Gruppen bevorzugt einzustellen, möglicherweise besondere Defizite haben. Wir sehen das ja auch an den Personalzahlen, und daher empfehle ich an der Stelle noch einmal den Personalbericht.

(A) Dafür brauche ich aber eine freiwillige Meldung der Dienststellen oder der Bereiche, in denen wir es ausprobieren könnten. Wir könnten es aber, denke ich, bis nach der Sommerpause auf jeden Fall schaffen zu sagen, die zwei, drei Bereiche sind geeignet, um es einmal auszuprobieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Herr Dr. Kuhn, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Beifall des Hauses hat diese erübrigt! Danke schön!

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist kein Thema beantragt worden.

Umweltfreundliches Bestattungswesen im Land Bremen

(B) Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 14. Februar 2012
(Drucksache 18/242)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2012

(Drucksache 18/308)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 18/308, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Senator Dr. Lohse, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mündlich wiederholen möchten, sodass wir sogleich in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute die Mitteilung des Senats zum Thema umweltfreundliches Bestattungswesen

im Land Bremen. Lassen Sie mich zunächst einen Satz zur Anfrage und ihrem Hintergrund vorwegschicken, denn das Thema mutet vielleicht bei dem einen oder anderen erst einmal etwas exotisch an!

Diese Anfrage wurde in enger Absprache mit Bestattern und Umweltinitiativen erarbeitet, und für uns Grüne sind hierbei zwei Aspekte wichtig: Es geht uns um den respekt- und pietätvollen Umgang mit den Verstorbenen und um die Frage, wie das Bestattungswesen umweltfreundlicher gestaltet werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sicherlich steht bei dem Verlust eines geliebten Menschen ganz klar die Trauer im Vordergrund. Sehr viele Menschen machen sich aber auch ganz genaue Gedanken darüber, wie die Trauerfeier gestaltet werden soll und wie und wo sie oder ihre Angehörigen bestattet werden wollen. Es gibt einen deutlichen Trend hin zu individuellen, aber auch umweltfreundlichen Bestattungen. In anderen Ländern ist man hier schon sehr viel weiter, wie zum Beispiel in Großbritannien, wo es eine richtige Green-Funeral-Bewegung gibt. Andere Städte und Kommunen diskutieren dieses Thema genauso wie wir heute in Bremen, so zum Beispiel Osnabrück.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, DBU, beschäftigt sich auch mit diesem Thema und untersucht in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern die Stofftransporte in Friedhofsböden, weil klar ist, dass Quecksilber- oder Medikamentenrückstände dort in den Boden oder das Grundwasser gelangen können. Diese Ergebnisse sollen dabei helfen, Alternativen für eine umwelt- und gesundheitsschonende Bewirtschaftung von Friedhofsflächen zu entwickeln. Nicht zuletzt gibt es hier in Bremen eine große Messe, die Messe „Leben und Tod“, oder auch Schülerprojekte mit einer Ausstellung, die sich jüngst mit dem Thema Sterben und Tod beschäftigt haben.

Ich möchte die Anfrage in drei Punkte aufgliedern: erstens, umweltfreundliche Bestattung und umweltfreundliche Materialien, zweitens, umweltfreundliche Friedhöfe, und drittens, die Aufhebung des Friedhofszwangs.

Zu den umweltfreundlichen Bestattungen! Die Friedhofsgesetzgebung in Bremen, die vor einiger Zeit reformiert wurde, schreibt vor, dass nur umweltverträgliche Materialien in Särgen, Urnen und Totenkleidung verwendet werden dürfen, die innerhalb der Totenruhe verrotten, und das, meine Damen und Herren, ist gut. Bei allem Respekt und der gebotenen Pietät den Verstorbenen gegenüber, es lässt sich nun einmal nicht leugnen, dass es auch Umweltprobleme im Bereich des Bestattungswesens gibt.

Ein wesentliches Problem ist, wie in unzähligen Internetbeiträgen von Wissenschaftlern beschrieben, die Quecksilberkontamination aus Krematorien. Laut dem Bundesverband Deutscher Bestatter gibt es in

(C)

(D)